200 170 140 120 100 DIN 19 051

Dr. jur. W. Abendroth
Prof. für Politikwissenschaft

Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie

(Programmentwurf)

I. Die gesellschaftliche Lage im kapitalistisch organisierten Teil der Welt

In den kapitalistischen Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland hat die wirtschaftliche Entwicklung mit innerer Gesetzmäßigkeit die kapitalistischen Großunternehmungen erstarken lassen, die in Industrie, Banken, Handel und Verkehr die Kleinunternehmungen zurückgedrängt haben und ständig weiter zurückdrängen; in den Bereichen, in denen diese der äußeren jurstischen Form nach weiterbestehen, ordnen sich die Großunternehmungen die Klein- und Mittelbetriebe wirtschaftlich unter und verringern deren soziale Bedeutung. Die industrielle Bevölkerung ist im Verhältnis zur landwirtschaftlichen ständig gewachsen. Das Kapital hat die Masse der Produzenten, die große Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung, vom Eigentum an den Produktionsmitteln getrennt und sie in Arbeitnehmer verwandelt, deren einzige Einkommensquelle die Veräußerung ihrer Arbeitskraft an die Inhaber der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt bildet, gleichgültig, ob es sich um die industriellen Arbeiter, um die Angestellten, um die Majorität der Intellektuellen, um die kleinen und mittleren Beamten handelt. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel und die wirtschaftlichen Kommandostellen zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Kapitalisten geworden, die über die körperliche und geistige Arbeit der ungeheuren Majorität des Volkes nach ihren Interessen verfügt und den Arbeitnehmern, aber auch der Majorität der nur noch formell selbständigen Kleinproduzenten die Möglichkeit gleichberechtigter Mitwirkung an der Leitung des gesellschaflichen Arbeitsprozesses und den vollen Anteil am materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthält.

Das kapitalistische Monopolstreben hat zur Zusammenfassung ganzer Industriezweige, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartellen und Trusts geführt. Dieser Prozeß vereinigte Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zu finanzkapitalistischen Blöcken, die jede demokratische Kontrolle des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses verhindern und das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse ihren Sonderinteressen auf Erweiterung ihres Profits

A 00 - 02716

und ihres Machtbereiches opfern. Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter und die anderen Arbeitnehmergruppen, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Monopolisierung der Produktionsmittel und der durch sie wirtschaftlich ermöglichten gewaltigen Entwicklung der Technik ist die Produktivität der menschlichen Arbeit unendlich gewachsen. War in den ersten Perioden kapitalistischer Entfaltung als Motiv des technischen Fortschritts und seiner ökonomischen Verwertung noch das Profitstreben der einzelnen konkurrierenden Unternehmungen und ihrer Zusammenschlüsse ausreichend, so haben einerseits der Übergang zum Monopolkatilismus, andererseits die gigantischen Entwicklungskosten der neueren Produktionsmethoden seit der Jahrhundertwende die Lage gründlich verändert: Die Entfaltung der **chemischen Industrie** und der Herstellung künstlicher Rohstoffe im ersten Weltkrieg, die Entwicklung zur Beherrschung und wirtschaftlichen Verwertung der **Atomenergie,** der Radartechnik und der **Automatiosation** im zweiten Weltkrieg waren nur durch die Vermittlung der Staatsgewalt und ihrer militärischen Bedürfnisse möglich, weil die riesigen Kosten der Forschungsarbeiten zu diesen Zwecken allein durch die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kraft ganzer bereits industrialisierter Nationen mittels der öfentlichen Gewalt, wie sie in kapitalistischen Volkswirtschaften nur im Krieg erreichbar ist, nicht durch noch so große formell private Konzerne und Trusts aufgebracht werden können. Aber auch die auf solche Weise entwickelten neuen Produktionsmethoden werden dann wieder kraft der ökonomischen Macht des Finanzkapitals, das sich die öffentliche Gewalt unterordnet, privater Ausnutzung durch die finanzkapitalistischen Konzerne und Trusts überantwortet und auf diese Weise zum Mittel der Entwicklung des alten Widerspruchs auf höherer Stufe: die moderne Produktion beruht auf einem gesellschaftlichem Arbeitsprozeß, der längst — spätestens seit dem ersten Weltkrieg — den ganzen Erdball in einen vielfältig verflochtenen industriellen Zusammenhang einbezogen hat, aber die Aneignungsweise ist privat geblieben und hat die Form ihrer Manipulation durch die miteinander ringenden riesigen Oligopole der finanzkapitalistischen Unternehmungsblöcke angenommen, deren Kampf untereinander und mit der nichtkapitalistischen Welt um die Beherrschung der Absatzmärkte, der Rohstoffquellen und der Stätten für Kapitalanlagen in industriell unentwickelten Gebieten alle Teilnehmer dieses gesellschaftlichen Arbeitsprozesses immer wieder mit Krieg und damit mit Untergang in der Barbarei bedroht. Andererseits ist der Krieg und die durch die Angst vor dem nächsten Krieg ermöglichte ständige Steigerung der Rüstungsausgaben durch die öffentliche Gewalt geradezu zur Bedingung des weiteren technischen Fortschritts geworden, solange dieser Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung nicht aufgehoben werden kann.

Die Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit hat dazu geführt, daß die Lebenshaltung und die Lebensbedürfnisse der Glieder der

Gesellschaft während der Konjunkturperioden wesentlich höher werden konnten, obwohl das Sonderinteresse des Managements der finanzkapitalistischen Gruppen immer wieder Tendenzen wirksam werden läßt, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Der Widerstand der Arbeiterklasse als der Kernschicht der nicht in ihrer Klassenlage und ihrem dauernden Klasseninteresse, sondern nur in Randinteressen und im Grade ihres Klassenbewußtseins differenzierten Arbeitnehmerklasse kann aber während der Konjunkturperioden diese Tendenzen überwinden, zumal der Massenkonsum **der Arbeitnehmer** geradezu zur Bedingung des Funktionierens des gesamten gesellschaftlichen Systems während der Konjunkturperioden und ebenso zur Voraussetzung der möglichst langen Aufrechterhaltung der Konjunktur geworden ist. Solange jedoch der Produktionsprozeß nicht einheitlich und im Interesse der Majorität der Bevölkerung demokratisch planend organisiert ist, solange die finanzkapitalistisch in ihrem eigenen Sonderinteresse planenden Blöcke der Konzerne und Trusts über den Wirtschaftsprozeß bestimmen, ist der mehr oder minder regelmäßige Wechsel zwischen Konjunktur- und Krisenperioden nicht zu beheben, ist die Einführung neuer Produktionsmethoden nur bei Bedrohung breiter Arbeitnehmerschichten durch den Verlust des Arbeitsplatzes, bei Gefährdung großer Teile der mehr oder minder selbständigen Kleinproduzenten und Mittelschichten durch Verlust ihrer Selbständigkeit und ihrer Einkommensquellen möglich. Die Krise wird immer wieder die Lebenshaltung der breiten Massen in Frage stellen. Die drohende Krise erhöht die Gefahr, den Ausweg durch Vergrößerung der Rüstungsproduktion und damit der Kriegsgefahr und zuletzt im Kriege zu versuchen, der in der gegenwärtigen Lage der atomaren Bedrohung das Ende der Zivilisation in den bereits industriell entwickelten Ländern mit sich bringen müßte. Daher versucht das Finanzkapital in allen industriellen Ländern (und besonders auch in der Bundesrepublik Deutschland), die Massen durch hysterische antibolschewistische Propaganda zu ständiger Kriegsbereitschaft zu erziehen und mit immer neuen Methoden der Erzeugung von Angst vor angeblich drohenden äußeren Angriffen ihre Zustimmung zu ständig wachsenden Rüstungen herbeizuführen, die einen immer größeren Anteil des Sozialprodukts verschlingen. Die Voraussetzung für diese Manipulationen des Finanzkapitals ist die Verschmelzung der Staatsgewalt mit seinen Interessen, die ständige Verwendung der öffentlichen Gewalt zu seinen Zwecken. Deshalb ist der Kampf der Arbeitnehmer um die Erhaltung ihrer gegenwärtigen Lebenshaltung, um die Erweiterung ihrer Lebenshaltung und um die Ersetzung der monopolkapitalistischen Produktionsweise mit ihrer Planung im privaten Sonderinteresse hochkapitalistischer Manager-Gruppen durch eine im gesellschaftlichen Gesamtinteresse demokratisch geplante sozialistische Produktionsweise nur erfolgversprechend, wenn er zielbewußt zum **politischen Kampf um die Staatsmacht** erweitert wird. Deshalb liegt dieses Ringen aber nicht nur im unmittelbaren Interesse der Arbeitnehmer, sondern ebenso im dauernden Interesse aller Schichten des Volkes, soweit

A 00-02716

sie nicht der schmalen Oligarchie des Finanzkapitals angehören. Er ist zur unmittelbaren Voraussetzung für die Erhaltung des Lebens der Menschheit geworden. Er setzt unter den Bedingungen der durch Automatisation und Atomenergie unendlich entfalteten Produktivität zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die Möglichkeit frei, zur Erfüllung der materiellen Bedürfnisse eines jeden und damit der kulturellen Freiheit für alle zu gelangen, sobald die Menschheit durch sozialistische Organisation der Wirtschaft von der Bedrohung durch Krise und Krieg befreit ist. Diesen Kampf zu führen und in jedem täglichen Ringen um Erhaltung und Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen das Bewußtsein seiner Ziele und seiner Einheit zu erhalten, ist die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie.

II. Staat und Recht

Die Entwicklung zum Monopolkapitalismus hat die Bedeutung der **Staatsgewalt** im Ringen der Klassen untereinander und als Instrument der Sicherung der Beherrschung ausländischer Rohstoffquellen, Märkte und Kapital-Anlagegebiete in bisher unerhörtem Maße wachsen lassen.

Die Staatsgewalt hat sich das **Monopol der Rechtsetzung und der Rechtsprechung** auf ihrem Territorium und das **Monopol der Anwendung physischer Gewalt** nach innen und außen angeeignet. Sie hat die Organisation derjenigen sozialen Bereiche, vor allem der Sozialpolitik und der Kulturpolitik, übernommen, die nicht unmittelbar durch das Profitstreben der Besitzer der Produktionsmittel, ihrer Konzerne, Trusts und Kartelle gesteuert und geordnet werden können, aber in deren gemeinsamem Interesse geregelt werden müssen, wenn das gesellschaftliche Leben funktionieren soll. Sie muß vom Standpunkt der herrschenden Klassen aus gesehen in der Lage sein, die Energie **aller** sozialen Schichten für ihre Interessen einzuspannen, um sie in den großen imperialistischen Auseinandersetzungen möglichst reibungslos einsetzen und in Krisenperioden das Drängen der Arbeitnehmer auf sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft lähmen oder gewaltsam niederhalten zu können. Die Staatsgewalt hat deshalb gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer und derjenigen anderen Schichten, die an der wirtschaftlichen Macht in der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht teilhaben, immer erneut unter dem Druck der Massenorganisationen dieser Klassen Konzessionen gewährt, um ihnen durch begrenzte Zugeständnisse den Schein gesellschaftlicher Sicherheit zu bieten. Sie hat als **Sozialstaat** allen Unterschichten Daseinsfürsorge versprechen müssen, um das wachsende demokratische Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer, das sich in ihren Gewerkschaften verkörpert, zu schwächen und durch den Glauben an die angeblich neutrale Macht der allmächtigen Obrigkeit des Staates abzulösen. Das Ziel der kapitalistischen Oberschichten in der liberalen Entwicklungsperiode des vorigen Jahrhunderts — die Verdrängung der Staatsgewalt aus dem gesellschaftlichen Leben, soweit sie nicht zur polizeilichen Unterdrükkung des Proletariats unentbehrlich war — ist deshalb in allen kapitalistischen Ländern durch die Ausdehnung der öffentlichen Gewalt zwecks Regelung fast aller Lebensbereiche — jedoch unter der Kontrolle und im Interesse der Inhaber der ökonomischen Macht — ersetzt worden.

Damit haben gleichzeitig Umfang und Kompliziertheit der **Gesetzgebung** erheblich zugenommen. Die Parlamente — einst das wichtigste Mittel, durch ihre legislative Gewalt den vorkapitalistischen Obrigkeitsstaat zur Anerkennung der liberalen Interessen der modernen kapitalistischen Klassen zu zwingen — haben infolge dieser Entwicklungstendenz die Fähigkeit zur Einbringung neuer Gesetze weitgehend an die hohe **Bürokratie** abtreten müssen. Diese kontrolliert gleichzeitig die Anwendung der Gesetze als administrative Bürokratie durch ihre Verordnungen oder als richterliche Bürokratie durch ihre Urteile. Bürokratie und Richterschaft haben, durch zahllose Generalklauseln der neuen Gesetze begünstigt, die frühere Aufgabe des Parlaments, durch seine Normierungen konkrete Tatbestände klar zu regeln, an sich gezogen. Die Macht der Bürokratie, die in immer stärkerem Maße mit der Manager-Schicht der Konzerne, Trusts und Kartelle auswechselbar wird und verschmilzt, ist dadurch gewaltig gewachsen.

Die **militärische Gewalt** des Staates hat sich gleichzeitig ständig erweitert. Die Erhöhung der Rüstungsaufwendungen — die im Mechanismus der hochkapitalistischen Gesellschaft auch ökonomisch-sozial erforderlich ist — und die Veränderung der Kriegsmaschinerie bis zur atomaren und Raketen-Technik, die Aufhebung der Unterscheidbarkeit zwischen Zivilbevölkerung und Truppe im Falle des Krieges, die Umwandlung der gesamten Volkswirtschaft in ein einheitliches Wehrwirtschaftssystem im Augenblick der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den Staaten (aber auch schon ihrer Vorbereitung) zwingen die herrschenden Klassen zur weiteren unverhüllten Konzentration der Entscheidungsgewalt und zur Einengung und schließlich zur völligen Vernichtung jenes liberalen Spielraumes für freie Meinungsäußerung in der Gesellschaft, der einst — zu Beginn des vorigen Jahrhunderts — die Vorbedingung für den Aufstieg des jungen Kapitalismus und der bürgerlichen Klassen selbst gebildet hat. Die herrschenden Klassen können nur dann hoffen, ihre Macht dauernd zu bewahren, wenn sie die Gesellschaft im Zustand eines latenten **Belagerungszustandes** erhalten können, der jederzeit nach ihren Bedürfnissen und ihrem Belieben aktualisiert werden kann, und wenn sie die geistige Selbständigkeit in den anderen Schichten des Volkes — sei es in Konjunkturperioden mit dem Mittel eines durch sozialen Druck erzeugten **Konformismus** in der öffentlichen Meinung, sei es in Krisenperioden mit dem Mittel des offenen und brutalen faschistischen Terrors — ausschalten können. **Die spätkapitalistische Gesellschaftsstruktur erzeugt daher immer erneut die Tendenz zur faschistischen Diktatur,** die — gleichgültig durch welche Ideologie verkleidet sie auftreten mag — in Perioden der ökonomischen Krise oder der unmittelbaren Kriegsvorbereitung die längst ihres Inhalts entleerte demo-

kratisch-liberale Rechtsordnung als bloße Verhüllung der Macht des bürgerlichen Staatsapparates und des Finanzkapitals abwirft, um die Massen der Mittelschichten und Teile geistig zurückgebliebener Randschichten der Arbeitnehmer im Interesse der herrschenden Klassen zum Sturm gegen die demokratischen Klassenorganisationen der Arbeitnehmer führen zu können. In Deutschland, dessen Militär, Bürokratie und Richterschicht einst halfen, die Weimarer Demokratie durch systematische Verfälschung ihrer Verfassungs- und Rechtsnormen zu unterwandern und dann zu vernichten, um von 1933 bis 1945 der unmenschlichsten Form der faschistischen Barbarei, die die bisherige Geschichte gekannt hat, dem nationalsozialistischen Dritten Reich, gegen die fortschrittlichen Kräfte des eigenen Volkes und gegen die vorübergehend unterworfenen europäischen Nationen zu dienen, ist die Gefahr zur erneuten Vernichtung der Ansatzpunkte für eine demokratische Rechtsordnung besonders groß.

Die Arbeitnehmer und ihre politische Partei, die Sozialdemokratie, sind demgegenüber stets für **demokratische Organisation der Staatsgewalt** eingetreten. Wird diese Staatsgewalt, deren gesellschaftliche Macht ständig gewachsen ist und weiter wächst, durch das Volk beherrscht, wird sie zur politischen Organisation des Volkes selbst, so wird sie in dem gleichen Maße, in dem jene große Majorität des Volkes, die — weil sie von abhängiger Arbeit lebt — keine besonderen Profit-Interessen zu vertreten hat, die im Widerspruch zu den Lebensmöglichkeiten ihrer Mitbürger und der anderen Nationen stehen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und durchzusetzen lernt, zum Instrument der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaftsverfassung und der Aufhebung der Klassen. Deshalb ist die **politische Demokratie**, die den breiten Massen die Möglichkeit bietet, im ständigen Ringen um ihre täglichen Ansprüche durch ihre eigenen Erfahrungen zum Verständnis ihrer dauernden Interessen zu gelangen, die Voraussetzung des Kampfes um den Sozialismus. Die politische Demokratie kann in den Händen der Arbeitnehmer durch Änderung der Rechtsordnung, durch systematische Übertragung des Prinzips der demokratischen Gleichheit und der demokratischen Willensbildung auf Wirtschaft und Gesellschaft mittels des Gesetzes zur **sozialen Demokratie** erweitert werden, in der der Staat seinen Unterdrückungscharakter verliert und sich in die **planende gemeinsame Verwaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses durch die gleichberechtigten Glieder der Gesellschaft** verwandelt.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß dies Ziel nur erreicht wird, daß die Gefahr obrigkeitsstaatlicher Aushöhlung und faschistischer Vernichtung der demokratischen Institutionen der geltenden Verfassung nur abgewendet werden kann, wenn in ständigem zähem Ringen der Bereich der **demokratischen Selbstverwaltung** in allen Organisationen der öffentlichen Verwaltung — vor allem auch in den Kommunen; den Kommunalverbänden und den Ländern — ständig gegenüber dem Bereich obrigkeitsstaatlicher bürokratischer Verwaltung vergrößert wird, wenn die Machtstellung der Parlamente gegenüber der Regierungsgewalt, die Macht der demokratisch

organisierten Parteien gegenüber ihren parlamentarischen Repräsentanten, der Einfluß und die Diskussionsbereitschaft der Mitgliedschaft innerhalb der Parteien gegenüber ihren Bürokratien und Leitungen — zunächst durch Verbot der Fremdfinanzierung der politischen Parteien — gestärkt wird, wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung und die liberalen Freiheitsrechte verteidigt und erweitert werden, vor allem aber wenn das Gewicht der breitesten demokratischen Massenverbände, der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer, der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse der Konsumenten und Kleinproduzenten und der Vereinigungen der sozial Geschädigten gegenüber dem undemokratischen Druck des Finanzkapitals auf Staat, bürgerliche Parteien und Verwaltung vergrößert wird. Sie fordert die Säuberung von Verwaltung, Justiz, staatlichen Erziehungsorganisationen und bewaffneter Macht von allen Kräften, die ihre Anfälligkeit für antidemokratisches Verhalten durch aktive Beteiligung am nationalsozialistischen Terror unter Beweis gestellt haben. Sie kämpft für die Erweiterung der Rechte des Volkes, durch eigene Sach-Abstimmung über Gesetze zu entscheiden.

Die Möglichkeit friedlicher Umwandlung des gegenwärtigen Staates in eine lebendige soziale Demokratie und der Erhaltung der bürgerlichen, nur politischen Demokratie hängt von der Bereitschaft des Volkes, vor allem von der Entschlossenheit der Arbeitnehmer ab, die Demokratie nicht nur in Wahlen und Abstimmungen, sondern auch durch außerparlamentarische Aktionen zu schützen. Diese Bereitschaft zu entwickeln, diese Notwendigkeit bewußt zu machen, ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie. Aus der Beteiligung der Volksmassen an außerparlamentarischen Kundgebungen und Aktionen entsteht die Einsicht eines jeden, daß das Geschick des sozialen und demokratischen Rechtsstaats vom Verhalten des einzelnen Bürgers abhängt, erwächst also auch der Wille, in eigener Verantwortung in den demokratischen Institutionen mitzuwirken und mitzuentscheiden. Ohne diese demokratische Aktivität breiter Volksschichten kann die demokratische Staatsform keinen lebendigen Inhalt gewinnen.

III. Wirtschaft und Sozialpolitik

Die Konzentration der entscheidenden wirtschaftlichen Machtmittel in der Hand weniger Riesenunternehmungen und ihrer Zusammenschlüsse in Konzernen, Trusts und Kartellen, die — vom kapitalistischen Profitmotiv getrieben — sich den gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß unterordnen, hat sich in der Bundesrepublik (wie in allen anderen kapitalistischen Ländern) voll durchgesetzt und nach der Katastrophe des Jahres 1945 überraschend schnell wiederhergestellt. Die Tendenz zu dieser Entwicklung ist im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvermeidlich. Sie kann beim heutigen Stand der technischen Entwicklung weder in der Grundproduktion und der Energie-Erzeugung noch bei der industriellen Erzeugung von Investi-

tionsmitteln oder Konsumgütern, weder im Verkehrswesen noch bei der Organisation der Verteilung oder im Bank- und Kreditwesen ausgeschaltet werden. Sie hat sich — unvermeidlich — in allen kapitalistischen Ländern verwirklicht, obwohl — sei es dauernd, sei es vorübergehend — versucht wurde, sie durch gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen oder in Schranken zu halten. Sie drängt nach Unterordnung der selbständigen Produzenten in Landwirtschaft und Handwerk und der selbständigen kleinen Handelsunternehmungen unter die Interessen weniger großer kapitalistischen Planungsblöcke, die — solange sie privatwirtschaftlich organisiert sind — ihr Profit- und Ausdehnungsinteresse auf Kosten des ganzen Volkes rücksichtslos verfolgen. Sie verwandelt die politische Demokratie in eine leere Farce, indem sie sich die nichtsozialistischen politischen Parteien mit dem Mittel der Fremdfinanzierung unterwirft, die Mittel der öffentlichen Meinungsbildung an sich bindet und die Wahlkämpfe in inhaltlose Reklameschlachten umformen.

Diese Gefahren können nur durch **Aufhebung des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln und Wirtschaftsunternehmungen, durch Überführung aller Großbetriebe** der Grundstoff-Industrien, der Energie-Erzeugung und des Verkehrs und aller Unternehmungen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, **in Gemeineigentum** ausgeschaltet werden. Der Kampf um diese Lösung ist Schritt für Schritt und in ständigem Ringen zu führen.

Der Wirtschaftsprozeß ist durch **volkswirtschaftliche Gesamtrechnung,** die Produktion, Volkseinkommen, Konsum- und Sparrate, Ein- und Ausfuhr-Verwaltungskosten jeder Art, Geld- und Güterströme zwischen den verschiedenen Gruppen der Wirtschaft darstellt, überschaubar zu machen und dadurch der demokratischen Öffentlichkeit und dem Parlament das Material zum Eingriff in das wirtschaftliche Geschehen und zu seiner planmäßigen Lenkung und Steuerung im Gesamtinteresse des Volkes zu bieten. Durch ein **National-Budget,** das vom Parlament zu beschließen ist, und an dessen Richtlinien Regierung, Notenbank und alle wirtschaftlichen Großunternehmungen (vor allem auch in ihrer Investitionspolitik) zu binden sind, ist diese demokratische Wirtschaftsplanung durchzuführen.

Die **Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und der gewählten Arbeitnehmervertretungen** sind systematisch zu erweitern. Sie sind **vor** der Vergesellschaftung der großen Unternehmungen das Mittel, die Arbeitnehmer in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur systematischen Vertretung ihrer Interessen, zur ständigen Abstimmung betrieblicher Einzelgesichtspunkte mit dem Gesamtinteresse ihrer Klasse und damit des Volkes zu erziehen, die kapitalistischen Profitinteressen zurückzudrängen und alle Versuche, die Macht des kapitalistischen Managements in politische Macht umzusetzen, zu kontrollieren und zurückzuweisen. Sie sind gleichzeitig die entscheidende Schule zur demokratischen Verwaltung des sozialistischen Gemeineigentums der Zukunft.

Das **uneingeschränkte Streikrecht** der Arbeitnehmer und deren Befugnis zum freien Abschluß der **Tarifverträge** ist **in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft** die unabdingbare Voraussetzung des Ringens um die Erhaltung und Erweiterung des Anteils der großen Majorität der Bevölkerung am Sozialprodukt. Die wachsende Konsumfähigkeit der Arbeitnehmer ist jedoch gleichzeitig die Existenzvoraussetzung aller anderen sozialen Gruppen, die nicht der finanzkapitalistischen Oligarchie angehören. Das Streikrecht ist in der werdenden **sozialistischen Gesellschaft** der Gleichgewichtsfaktor, der den bürokratischen Tendenzen das Gegengewicht bietet, die aus der alten Gesellschaft noch für lange Jahrzehnte in sie hineinragen werden. Die **Gewerkschaften** sind als einheitliche Organisationen der Arbeitnehmer die große Schule ihres solidarischen Verhaltens, in der sich immer wieder — auch gegen vielfältige Bürokratisierungsgefahren — ihre demokratischen Bestrebungen durchsetzen können und werden. Der **Öffentlichkeitsanspruch der Gewerkschaften,** ihr Wille zur Teilnahme an allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Vorgängen, wird deshalb von der Sozialdemokratie mit allen Mitteln unterstützt. Die Sozialdemokraten werden in den Gewerkschaften als die energischsten Vertreter des Kampfes für die Interessen der Arbeitnehmer auftreten, in jedem Ringen deren Gesamtinteresse aus den Interessen einzelner Sondergruppen, deren dauerndes Interesse aus den begrenzten Tagesinteressen entwickeln, um die Arbeitnehmer zum solidarischen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft fähig zu machen. Die Unabhängigkeit und der demokratische Aufbau der Gewerkschaften, ihre Kampfbereitschaft und ihre geistige Unabhängigkeit gegenüber den Ideologien der herrschenden Klassen sind die Vorbedingung der Erhaltung der politischen Demokratie und des Übergangs zur sozialistischen Ordnung.

Die handwerklichen **Kleinproduzenten** und Kleinindustriellen sind durch systematische Unterstützung ihrer **genossenschaftlichen Zusammenschlüsse** in den Stand zu setzen, sich modernen Produktionsmethoden anzupassen und dadurch zur möglichst reibungslosen Einordnung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung der Zukunft zu erziehen, die ihre Initiative — wie diejenige der gegenwärtigen Arbeitnehmer — zur ständigen Erweiterung der Güterproduktion nutzt.

Unter Förderung und durch Vermittlung des **landwirtschaftlichen** Genossenschaftswesens ist die bäuerliche Produktion mit den technischen Mitteln zu versehen, sich an die Erfordernisse des gegenwärtigen Standes rationaler agrarischer Erzeugungsweisen anzupassen und aus einer Situation zu befreien, in der sie ständiger offener oder verhüllter Subventionierung bedarf.

Die **genossenschaftlichen Zusammenschlüsse der Konsumenten** bilden den Ansatzpunkt eines modernen sozialistischen Verteilungsapparates, der das Profitmotiv durch den Gedanken demokratischer Zusammenarbeit ersetzt. Sie sind durch rechtliche Förderung und steuerliche Begünstigung zu unterstützen. Die demokratische Initiative ihrer Mitglieder, Angestellten

und Arbeiter ist gegenüber allen Tendenzen, sie in lediglich bürokratischer Weise zu leiten, zu stärken.

Der **Wohnungsbau** durch Kommunen und Wohnungsbaugenossenschaften ist in einer Weise und mit Methoden — vor allem auch durch Bereitstellung öffentlicher Mittel — zu begünstigen, die deutlich machen, daß die Bereitstellung menschenwürdigen Wohnraums in einer hochentwickelten Volkswirtschaft ein selbstverständlicher Dienst der Gesellschaft an ihren Gliedern sein muß, aber keine Profitquelle für private Kapitalisten darstellen darf.

Das bestehende **Sozialversicherungswesen** ist zu einem System zielbewußter sozialistischer Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung auf der Grundlage breitester demokratischer Selbstverwaltung umzugestalten.

Die **Gesundheitsversorgung** der Bevölkerung muß ein **öffentlicher Dienst** zugunsten eines jeden werden, auf den jedermann in gleicher Weise Anspruch hat. Solange diese Forderung noch nicht voll verwirklicht ist, ist die Selbstverwaltung der Versicherten in den Ortskrankenkassen voll wiederherzustellen und von der Verstärkung der Stellung der Arbeitgeber in deren Selbstverwaltungsorganen durch die Gesetzgebung zu befreien. Beim heutigen Stand der Entwicklung der Produktivität ist die Gesellschaft in der Lage, ihren Gesundheitsgeschädigten und Invaliden als Altersversorgung einen Lebensstandard zu garantieren, der ihrem Lebensstandard zur Zeit ihrer Arbeitsfähigkeit in ähnlicher Weise entspricht, wie es gegenwärtig für pensionierte Beamte im Verhältnis zu aktiven Beamten gewährleistet ist. Eine demokratische Gesellschaft muß ihren Gliedern — auch wenn sie nicht mehr voll arbeitsfähig sind — mindestens den kulturellen Stand und also auch dessen wirtschaftliche Voraussetzungen bieten, der die Bedingung der sinnvollen Mitwirkung an der politischen Willensbildung unter den komplizierten Bedingungen der modernen Welt ist. Sie ist verpflichtet, die geistige und körperliche Entwicklung der jüngeren Generation bis zur vollen körperlichen und geistigen Reife durch eine wirkungsvolle Jugendschutz- und Jugendberufsausbildungs-Gesetzgebung zu gewährleisten. Sie kann die Kosten aller Maßnahmen, die dabei und zum Ausgleich anderer Schädigungen und Gefährdungen, die im Prozeß der ungleichmäßigen Entwicklung der modernen Gesellschaft und ihrer Produktionsmethoden entstehen, dann tragen, wenn sie ihre sinnlosen Rüstungsaufwendungen einstellt. Die **Garantie der Vollbeschäftigung** durch die Wirtschaftspolitik des Staates ist durch systematische **Senkung der Arbeitszeit** zu ergänzen. Bei der gegenwärtigen Entfaltung der Produktivität ist die **40-Stunden-Woche bei freiem Wochenende** und entsprechendem **bezahltem Urlaub** als Mindeststand durch den Staat zu gewährleisten, weil sie sowohl die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung eines tragbaren Gesundheitszustandes des Volkes als auch die Vorbedingung für die geistige und kulturelle (und deshalb auch politische) Entfaltung des einzelnen Gliedes der Gesellschaft bildet.

IV. Kulturpolitik

Die kapitalistische Klassengesellschaft konnte den Industrialisierungsprozeß nur zum Siege führen, indem sie den Bildungsstand der Massen so weit hob, daß sie als Arbeitnehmer in ihrem Gefüge verwendungsfähig wurden. Aber sie wollte gleichzeitig die möglichst frühzeitige Verwertbarkeit möglichst billiger Arbeitskräfte erzielen und die Bildungsprivilegien der bevorrechtigten Klassen garantieren. In diesen Widersprüchen ist das gegenwärtige deutsche Bildungswesen entstanden, dessen scharfe Trennung zwischen unterer, mittlerer und höherer Bildung (Volks- und Berufsschulwesen, Sonderstellung der Mittelschulen und höheres Schulwesen, Hochschulwesen) die Tendenz, auf seinen unteren Stufen mittels Aufrechterhaltung konfessioneller Schranken die Erziehung zu kritischer geistiger Selbstständigkeit zu verhüten, noch immer deutlich erkennen läßt. Andererseits gerät diese Beschränkung der geistigen Entfaltung des Volkes immer erneut selbst innerhalb der bestehenden Gesellschaft mit dem heutigen Stand der Entfaltung der Produktivkräfte, deren Entwicklung auf dem Aufstieg der Wissenschaften beruht und die nur durch zu selbständigem kritischem Denken erzogene Menschen verwertet werden können, in Konflikt und ist sie mit der politischen Demokratie unvereinbar.

Die Sozialdemokratie kämpft deshalb für ein breit entfaltetes Volksbildungswesen, das den Gedanken der **Einheitlichkeit** seines Aufbaus wahrt. Sie lehnt die konfessionelle Trennung und die Trennung der Erziehung nach Geschlechtern in der **schulischen Erziehung** grundsätzlich ab. Die religiöse Unterweisung sollte nicht Sache der öffentlichen Schulen des Staates, sondern der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sein. Sie fordert, daß die **allgemeine** Schule für alle Kinder mindestens zehn Jahre umfaßt und die Gelegenheit bietet, mindestens eine Fremdsprache zu erlernen, um dem Kind Einblick in ausländische Verhältnisse möglich zu machen. Die **Berufsschule** soll die Berufsausbildung vor allem durch systematische Einführung in die Struktur der Gesellschaft und des Staates und durch Erweiterung der Allgemeinbildung ergänzen. Aus Berufsausbildung und Berufsschule muß für diejenigen jungen Menschen, deren besonderes Interesse für wissenschaftliche Fortbildung erst nach der Pubertät deutlich wird, der **Weg zum wissenschaftlichen Studium** durch institutionalisierte Übergangsstufen gesichert werden. Der Zugang zu denjenigen Schulen, die unmittelbar den Weg zu Universität und Hochschule ebnen, muß allen wissenschaftlich begabten Kindern ohne Rücksicht auf ihre Herkunft und den Bildungsstand des Elternhauses offenstehen. Bei der Auslese für derartige Schulen sind Anlagen und Interessen des Kindes zu überprüfen; das durch das Elternhaus vermittelte Bildungsgut darf auf dieses Ausleseverfahren keinen entscheidenden Einfluß gewinnen. Daher sollte diese Auslese erst nach sechs- bis achtjährigem Schulbesuch erfolgen. Der Unterhalt der Schüler und der Studenten ist durch Stipendien zu gewährleisten.

Die pädagogische **Ausbildung der Lehrer** aller Schultypen soll gemeinsam auf Hochschulen oder der Universität erfolgen und mit ihrer wissenschaftlichen Vorbildung verbunden werden. Nur auf der Grundlage sorgfältiger wissenschaftlicher pädagogischer Vorbildung der Lehrerschaft läßt sich ein Schulwesen entwickeln, das in individueller Anknüpfung an das Kind in vielfältig differenzierten Formen und in freier Verantwortung des Erziehers die junge Generation in das gesellschaftliche Leben einführt.

Die **Hochschulen und Universitäten** und die **wissenschaftliche Forschung** sind durch den demokratischen Staat zu organisieren und zu fördern und von jeder finanziellen Abhängigkeit von der kapitalistischen Wirtschaft zu befreien. Die Autonomie und Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Lehre als Vorbedingung des geistigen und technischen Fortschritts verwirklicht sich im Rahmen der Widersprüche in der Gesellschaft und in ihrem demokratisch organisierten Staat. Sie kann nur **voll** wirksam werden, wenn im Studiengang der Studenten und in der Selbstbesinnung des Wissenschaftlers dieser soziale und politische Zusammenhang immer wieder bewußt gemacht wird. Insbesondere in allen **Sozialwissenschaften** spiegeln sich unvermeidlich die Tradition und die Ideolgien der kapitalistischen Klassengesellschaft. Deshalb bedarf die wissenschaftliche Forschungs- und Lehrfreiheit derjenigen Kräfte, die die gesellschaftliche Entwicklung vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts und der Arbeitnehmer aus analysieren und energisch die Interessen der Demokratie vertreten, besonderen Schutzes. Darum ist die **Freiheit wissenschaftlicher Meinungsäußerung** gegenüber allen konformistischen Tendenzen der nachfaschistischen Gesellschaft und ihres Wissenschaftsbetriebes in der Bundesrepublik besonders wachsam zu sichern. Die Vorbedingung jedes wissenschaftlichen Fortschritts ist der offen ausgetragene geistige **Kampf divergierender Meinungen:** volle Objektivität der Sozialwissenschaften und Kulturwissenschaften ist erst erreichbar, wenn die Klassenstruktur der Gesellschaft überwunden ist.

Das Hochschulwesen soll in lebendiger Wechselwirkung mit einem umfassend entwickelten **Volksbildungswesen** stehen, das auch der berufstätigen Bevölkerung Gelegenheit bietet, den Stand der wissenschaftlichen Entwicklung und der wissenschaftlichen Diskussion kennenzulernen und mit ihren praktischen Erfahrungen in Verbindung zu bringen.

In der hochkapitalistischen Gesellschaft sind in **Presse** und **Zeitschriftenwesen** die liberalen Entwicklungstendenzen des vorigen Jahrhunderts weitgehend untergegangen. Im nachfaschistischen Deutschland haben sich weder die selbständige, zu kritischer Diskussion erziehende Tagespresse der Arbeiterbewegung noch die relativ unabhängigen großen liberalen Zeitungen und Zeitschriften in ihrer früheren Bedeutung wiederherstellen können. Der Aufstieg der politisch und kulturell inhaltleeren Massenpresse, die lediglich dem Profitbedürfnis ihrer Herausgeber dient, macht deutlich, welche Gefahren der Entwicklung der öffentlichen Meinung drohen, wenn ihre wichtigsten Mittel der Meinungsbildung mit den Methoden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gesteuert werden. **Film, Rundfunk und Fernsehen** haben der Gesellschaft die technischen Werkzeuge zu in früheren Jahrzehnten unmöglicher Entfaltung kultureller Interessen der Bevölkerung in die Hand gegeben, die aber ebenso zu totalitärer Gleichschaltung und zur systematischen Verkümmerung kritischen Denkens und zur Verflachung der wissenschaftlichen und künstlerischen Vorstellungen mißbraucht werden können. Die Sozialdemokratie fordert, daß sie dem Profitstreben entzogen, unter Mitwirkung der Selbstverwaltung von Wissenschaft und Kunst und in lebendiger Wechselwirkung mit der ständigen demokratischen Diskussion in der gesamten Gesellschaft zu lebendigen Trägern der Volksbildung und der geistigen Auseinandersetzung im Volke werden. Dazu ist ihre Organisation in selbständigen, nicht zentralisierten Körperschaften des öffentlichen Rechts unter führender Beteiligung der großen, demokratisch organisierten Verbände, vor allem der Gewerkschaften, notwendig.

Die Sozialdemokratie fordert volle Freiheit für die Entwicklung aller weltanschaulichen und religiösen Bestrebungen. Sie lehnt es deshalb ab, den Staat in den Dienst irgendwelcher Religionen oder Weltanschauungen zu stellen, weil dadurch notwendig die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vom Staate abhängig werden und die Gewissensfreiheit beschränkt wird. Sie fordert daher die **Trennung von Staat und Kirche.**

In der kapitalistischen Klassengesellschaft sind die Aufwendungen des Staates für kulturelle Zwecke lediglich unvermeidbare Generalunkosten für die Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft. Sie werden von den herrschenden Klassen nur gemäß deren unmittelbaren und dringenden Tagesbedürfnissen erhöht. Die Arbeitnehmer sehen in den Kulturausgaben umgekehrt die Bedingung ihrer eigenen Entwicklung. Die Parteien der Arbeitnehmer haben deshalb immer den Ausbau des Schulwesens und der wissenschaftlichen Institutionen und die Erhöhung der kulturellen Ausgaben der öffentlichen Verwaltung für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gefordert. Sie haben dadurch in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Funktionsfähigkeit der bestehenden Gesellschaft gegen die beschränkten Tagesinteressen ihrer Nutznießer zu garantieren. Schon in der heutigen Gesellschaft hängt das Wachstum der Produktivität vom Stand der Bildung der Massen, die wissenschaftliche und kulturelle Einzelleistung von der Breite des Unterbaues ab, die allein die Auslese der individuellen Begabungen zur weiteren Förderung und damit die Erhöhung der Zahl der Einzelleistungen ermöglicht. Deshalb ist das individuelle **Recht auf Bildung** zur Voraussetzung der Steigerung des kulturellen und auch des ökonomischen Niveaus des Volkes geworden. Die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Arbeitnehmer, die durch die erhöhte Produktivität sowohl möglich als auch notwendig wird, macht die weitere Hebung der Bildungsmöglichkeiten zum Bedürfnis für jeden. Sie muß und kann dahin führen, daß in der sozialistischen Gesellschaft die volle Entfaltung der eigenen geistigen Fähigkeiten jedem Glied der Gesellschaft zum selbstverständlichen Streben, andererseits der Gesellschaft die Förderung des geistigen Lebens zum zentralen Inhalt ihrer Existenz wird.

V. Außenpolitik

Die beiden imperialistischen Weltkriege haben die Beziehungen zwischen den Nationen von Grund auf verändert.

Bis zum ersten Weltkriege wurde der Erdball von den von großen imperialistischen Staaten geführten kapitalistisch organisierten industriell entwickelten Nationen Europas eindeutig beherrscht. Die unentwickelten Völker wurden von ihnen im Zustand offener kolonialer Unterdrückung oder halbkolonialer Abhängigkeit wirtschaftlich ausgebeutet. Die Weltpolitik bestand aus dem Ringen der imperialistischen Staaten um die Neuverteilung oder Umverteilung von Ausbeutungsgebieten, dem jeweils die innenpolitische Opposition der Arbeiterparteien entgegentrat.

Der erste imperialistische Weltkrieg führte zum Sieg einer sozialistischen Partei in Rußland. Aber in Rußland, damals einem industriell unentwickelten Agrarstaat mit analphabetischen Bevölkerungsmassen, fehlten die primitivsten Voraussetzungen zum Aufbau einer sozialistischen Demokratie. So ist die Herrschaft der Kommunistischen Partei zur stalinistischen bürokratischen Diktatur geworden, die nach vielfältigen Wirren und unter ungeheuren Opfern, die der Bevölkerung der Sowjetunion auferlegt wurden, die Industrialisierung und Modernisierung des Landes, die Hebung der Massen auf ein höheres Bildungsniveau in einer nichtkapitalistischen Planwirtschaft mit den Mitteln einer brutalen Zwangsherrschaft übernahm. Gleichzeitig setzte der Kampf der kolonial unterdrückten Völker um ihre Befreiung ein, die aber alle durch ihr rückständiges wirtschaftliches Niveau und durch das Bündnis ihrer vorkapitalistischen herrschenden Klassen mit den kolonialen Unterdrückern behindert wurden.

Der zweite Weltkrieg, der mit der Niederlage der unmenschlichsten Gruppe der imperialistischen Staaten, der faschistischen Diktaturen Europas und Japans, geendet hat, hat die in unerhörtem Tempo zum modernen Industriestaat entwickelte Sowjetunion und die hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Nordamerika als stärkste Mächte übriggelassen. Er hat die koloniale Revolution in Asien zum Siege geführt, in den anderen Weltteilen von Erfolg zu Erfolg schreiten lassen. Er hat den Sieg der chinesischen Revolution bewirkt, die die Probleme der russischen Revolution in größerem Maßstab wiederholt. Er hat die alten europäischen imperialistischen Mächte entscheidend geschwächt. Er hat das deutsche Volk in zwei provisorische Staaten auseinandergerissen, **die noch immer den USA und der UdSSR politisch und ökonomisch angegliedert sind und ihre Einheit nur durch Lockerung dieser Bindungen erlangen können.**

Die besonderen Interessen der sowjetischen Diktatur sind dabei mit den allgemeinen Interessen der sozialistischen Arbeitnehmerbewegung der kapitalistischen Staaten weithin in Konflikt geraten. Die russische brutale Diktatur, aus den Bedingungen der rückständigen zaristischen Gesellschaft entstanden, wurde als Schreckmittel gegen den Sozialismus mißbraucht. Die Kapitalistenklassen der westlichen Länder konnten die Tatsache weithin

vergessen machen, daß sie in den faschistischen Systemen und mit ihren Methoden der kolonialen Unterdrückung die Inhumanität des bolschewistischen Terrors bei weitem übertroffen haben, daß sie ihre liberalen Errungenschaften stets sofort preisgegeben haben, wenn ihre Klassenherrschaft ernstlich bedroht war. Aber die UdSSR versuchte, das System ihrer bürokratischen Diktatur entwickelten Ländern aufzuerlegen, die in ihrem Machtbereich gerieten und die Arbeiterbewegung Europas ihren taktischen Tagesbedürfnissen unterzuordnen und notfalls zu opfern.

Andererseits hat das rasche Wachstum der Produktivität und der Massenbildung unter den Bedingungen der sowjetischen Planwirtschaft die Voraussetzungen geschaffen, den Überbau der bürokratischen Diktatur über der sowjetischen Gesellschaft zu verändern und der nichtkapitalistischen Wirtschaft demokratischen Inhalt zu geben. Seit dem Tode Stalins, seit dem 20. Parteitag der KPdSU, sind diese Tendenz in der Sowjetunion in widerspruchsvollen Prozessen deutlich geworden. Sie haben in ebenso widerspruchsvollen Vorgängen derjenigen europäischen Staaten, die dem System der UdSSR angegliedert sind, Ausdruck gefunden. Aber sie können sich nur durchsetzen, wenn die Gefahr des gewaltsamen Zusammenstoßes zwischen den Mächten gemindert, wenn die aggressiven Bestrebungen gegen die Sowjetunion in den kapitalistisch organisierten Staaten zurückgedrängt werden. Jede Steigerung der außenpolitischen Spannungen, jede Erhöhung der Kriegsgefahr stärkt die stalinistischen Bestrebungen im Sowjetblock, wie jeder stalinistische Rückfall in einem Lande des Sowjetblocks diese aggressiven Tendenzen und damit die Gefahr faschistischer innenpolitischer Entwicklung in den kapitalistischen Ländern vergrößert. Der gewaltsame Zusammenprall zwischen den USA und der UdSSR würde unter den Bedingungen der gegenwärtigen atomaren Kriegstechnik die hochzivilisierten Länder mit dauerndem Untergang in der Barbarei bedrohen. Aber er kann jederzeit erfolgen, wenn es nicht gelingt, die Mächte zur Einstellung ihrer atomaren Rüstungen und zur Verminderung ihrer Reibungsflächen zu zwingen.

Die Arbeitnehmer der kapitalistischen Länder sind daher ebenso wie die von der kolonialen Unterdrückung befreiten Staaten und die kolonialrevolutionären Bewegungen, denen die Sozialdemokratie solidarische Hilfe leistet, ebenso wie das von beiden Machtsystemen unabhängige, zum Sozialismus strebende Jugoslawien daran interessiert, jede Friedensbestrebung zwischen den Weltmächten zu unterstützen, das Verbot der atomaren Rüstungen, den Abbau der anderen militärischen Rüstungen zu fördern und die völkerrechtliche Sicherung eines Ausgleichs im System der Vereinten Nationen zu erzielen. Deshalb tritt die Sozialdemokratie allen Bestrebungen entgegen, den kalten Krieg zu verstärken und durch Aufrüstung der deutschen provisorischen Teilstaaten gegeneinander die Reibungsgefahren in Europa zu vergrößern. Sie dient, indem sie das tut, der Vorbereitung der Wiedervereinigung des deutschen Volkes.

Der Sieg des Sozialismus in einem industriell hochentwickelten Lande wäre der wichtigste Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens, der geleistet

werden kann. Eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage einer leistungsfähigen Industrie könnte helfen, die Aufbauschwierigkeiten der unentwickelten Länder ohne Profitwillen und Ausbeutungsabsichten zu mindern, und dadurch die Tendenz zur bürokratischen Diktatur schwächen, die in allen wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern unvermeidlich entsteht, solange der niedrige Bildungsstand der Bevölkerung und primitive Produktionsmethoden fortbestehen Sie könnte durch ihr Vorbild des demokratischen Weges zum Sozialismus den Tendenzen zur Milderung und schließlich zur Beseitigung undemokratischer politischer Formen in der UdSSR, in China und den osteuropäischen Ländern Hilfe leisten. Sie würde in den kapitalistenschen Ländern den Kampfwillen der Arbeitnehmer gegen alle Bestrebungen der herrschenden Klassen zu imperialistischer Abenteurerpolitik erheblich erhöhen.

Für die Sozialdemokratie bilden daher Außenpolitik und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik eine untrennbare Einheit. Sie erzieht durch ihren politischen Kampf die Arbeitnehmer, deren politische Partei sie ist, zur Erkenntnis ihrer Interessen. Indem sie diese Interessen bewußt macht, vertritt sie die Lebensansprüche aller anderen Schichten des Volkes, die unter der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung leiden. Indem sie für eine sozialistische Gesellschaft, für die Aufhebung der Klassen ringt, zeigt sie der durch den Atomkrieg bedrohten Welt die einzige Alternative zum drohenden Untergang der zivilisierten Menschheit in der Barbarei: die internationale Solidarität der arbeitenden Bevölkerung beim gemeinsamen Aufbau einer friedlichen Welt des Wohlstandes aller Völker.

Verantwortlich für Druck und Inhalt: Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Ffm. Als Manuskript gedruckt und nur für die Organisation bestimmt.